Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 57 (1977-1978)
Heft: 2

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

DIE ROLLE DER DDR IM SOZIALISTISCHEN LAGER

Es gibt wohl keinen Staat in Europa, in dessen Bewertung sich so viel Widersprüchliches mischt und bei dem die Kluft zwischen Anspruch und Erfüllung, zwischen wirtschaftlicher Leistung und politischer Verletzlichkeit, zwischen Drang nach eigenem Profil und Bedürfnis nach Sicherung und Rahmen so weit ist, wie im Falle der DDR. Sie ist im wahrsten Sinne ein gespaltener Staat – nach innen in ihrer Suche nach Legitimität, nach aussen in ihrem Wunsch nach voller Anerkennung. Dieser Staat macht es sich und anderen schwer, ihn so zu verstehen, wie er verstanden sein möchte.

Der Versuch, die internationale Stellung der DDR und die Motive ihrer Politik zu deuten, ist daher stets schwierig, oft undankbar und in seinem Ergebnis selten befriedigend. Er ist eine Art Gratwanderung zwischen der Versuchung, manche Züge dieses Staates moralisch zu verurteilen, und der politischen Notwendigkeit, ihn aus seinen eigenen Voraussetzungen heraus zu verstehen und ihm womöglich gerecht zu werden. Denn was immer man an ihm aussetzen mag: Dieser Staat ist und bleibt auf unabsehbare Zeit eine politische Tatsache, mit der es zu leben und auszukommen gilt. Wer sich mit ihm beschäftigt, wird ein Regime entdecken, dessen äussere Aggressivität viel innere Unsicherheit verbirgt, das sich stärker herausgefordert und oft deutlicher überfordert fühlt, als es sich selbst eingestehen kann und als wir ihm zuzubilligen geneigt sind. Der Zugang zu ihm ist daher keineswegs einfach. Ihn dennoch in aller Nüchternheit zu suchen, ist um so notwendiger.

Man wird sich bei dieser Aufgabe nicht damit begnügen können, Stellung und Einfluss der DDR im sozialistischen Lager nur mit Zahlen und Fakten zu belegen. Sie sind jedoch Zeugen eines unter besonders schwierigen Umständen verwirklichten Aufstiegs zu internationaler Anerkennung: sei es durch wirtschaftliche Leistung oder politische Disziplin, sei es durch militärische Kampfkraft oder sportliche Spitzenleistung. Das alles ist nachweisbar. Es erweckt Respekt und lässt keinen Zweifel darüber, dass mit der DDR als Partner, Verbündetem oder Rivalen zu rechnen ist.

Aber das, worauf es bei der Frage nach dem eigentlichen Stellenwert der DDR im sozialistischen Lager mindestens ebensosehr ankommt, liegt im Bereich des Unwägbaren. Denn es berührt die Frage nach ihrer politischen Rolle, nach ihrem strategischen und psychologischen Wert für die Sowjetunion, nach ihrer ideologischen Überzeugungskraft, nach dem Grad ihrer inneren Stabilität und ihres äusseren Ansehens und nach der Art und Weise, wie sie die vielfältigen Herausforderungen bewältigen wird, die sich einem modernen Industriestaat in seinem Verhältnis zur Umwelt, zur Gesellschaft und zum ein-

zelnen Menschen stellen. All das lässt sich statistisch nicht nachweisen. Es ist dennoch das letztlich Entscheidende.

Mitte des Ost-West-Konfliktes

Die Stellung der DDR ist zunächst einmal bestimmt durch die Tatsache, dass sie ein deutscher Teilstaat ist. Als solcher ist sie gleichzeitig – wie die Bundesrepublik – Kernland und Ausdruck des viel umgreifenderen Gegensatzes zwischen demokratisch-pluralistisch-«kapitalistischer» und diktatorisch-zentralistisch-«kommunistischer» Welt. Das erhöht zweifellos ihren Stellenwert in ihrem Bündnissystem, erweist sich aber zugleich auch als Hypothek auf ihre Zukunft. Denn viel stärker als die anderen Länder Mittel-Osteuropas beweist sie, dass es dem sowjetisch geprägten Kommunismus gelungen ist, ins europäische Herz- und Ursprungsland vorzudringen, aus dem es theoretisch kein Zurück geben darf und nur ein Vorwärts geben kann.

Mit anderen Worten: Von der DDR wird mehr erwartet als von den anderen kommunistisch gewordenen Ländern: Sie soll Sperriegel nach Osten ebenso wie Vorposten nach Westen sein. Das ist eine ungemein belastende und zugleich undankbare Aufgabe. Denn als Sperriegel wird der DDR die Aufgabe zugeordnet, ihren Nachbarn Polen und Tschechoslowakei ein Ausweichen und selbst eine Annäherung nach Westen hin zu verschliessen. Als Vorposten und zugleich als zweitem deutschen Staat wird ihr ein Wettbewerb mit der Bundesrepublik abverlangt, der zwar ständig Anreiz zu höheren Leistungen bildet, sie aber gleichzeitig als den schwächeren Rivalen überfordert.

Die Stellung der DDR ist somit in vielfachem Sinne zwiespältig. Sie trägt die doppelte Last des Teil- und zugleich des schwächeren deutschen Staates. Sie soll Vorbild sein und sieht sich doch mehr beargwöhnt als ihre östlichen Nachbarn, eben weil sie deutscher Staat ist. Sie gewinnt dank ihrer wirtschaftlichen Leistungen und politischen Loyalität zusehends an Einfluss auch gegenüber Moskau und bleibt doch gerade dort ohne Aussicht auf echte Mitbestimmung. Sie ist der am stärksten integrierte Staat im Ostblock, ohne sich vom ständigen Verdacht befreien zu können, mit ihrem Sonderverhältnis zur Bundesrepublik eine wenn auch entfernte Option nach Westen hin offenzuhalten.

Es ist diese vielschichtige Zweideutigkeit, die manches als so widersprüchlich und schwer vereinbar in der Politik der DDR erscheinen lässt und eine genaue Ortsbestimmung ihrer Stellung im sozialistischen Lager erschwert. Dass dies nicht nur im Westen, sondern auch im Osten so empfunden wurde, haben Ulbrichts Nachfolger erkannt. Sie haben daraus die Konsequenzen im Sinne einer betonten Abgrenzung nach Westen, der Bundesrepublik zumal, und einer unbedingten Zuordnung zum Osten gezogen. Nur auf diesem Hintergrund ist der Zusatz zur Verfassung von 1968 zu verstehen, mit dem sich die DDR 1974 feierlich als für «immer und unwiderruflich mit der UdSSR verbündet» und als «untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft» erklärte. Hierin offenbart sich eine in ihrem Umfang und ihrer Intensität wohl einmalige Verpflichtung. Zu ihr wird sich wohl nur ein Staat oder genauer: sein herrschendes Regime durchringen, dem seit je-

her – und vielleicht auch jetzt noch – der Verdacht anhaftet, sich nicht ewig auf eine derart einseitige Orientierung nach Osten festlegen zu wollen. Es bleibt zumindest eine offene Frage, ob und wieweit die Partner der DDR, einschliesslich Moskau, deren formell so überdeutliches Bekenntnis unbedingter Treue politisch zum vollen Nennwert nehmen. Immerhin sind alle denkbaren Vorkehrungen getroffen, die DDR vollumfänglich in das Bündnis im wahrsten Sinne des Wortes «einzumauern».

Militärische Einbindung

Militärisch sind sämtliche Streitkräfte der DDR dem Oberkommando des Warschauer Paktes unterstellt. Ihre Stärke und Ausrüstung stehen jedoch in keinem Verhältnis zur strategischen Schlüsselposition, die der DDR im Rahmen des Paktes zukommt. Sie ist Teil von dessen «Erster Strategischer Staffel» und das vorderste Element dessen, was im Verein mit Polen und der Tschechoslowakei einmal als «Eisernes Dreieck» bezeichnet wurde. Trotzdem bildet die «Nationale Volksarmee (NVA) bestenfalls eine Ergänzung zur überwältigenden Macht der seit Jahren auf ostdeutschem Territorium stationierten zwanzig sowjetischen Divisionen.

Die NVA ist keineswegs besser und stärker ausgerüstet als die Armeen der übrigen Volksdemokratien. Genausowenig wie diese hat sie ein Mitspracherecht über die auf ihrem Gebiet stationierten sowjetischen Nuklearwaffen. Ungleich den offenbar in den letzten Jahren noch verstärkten sowjetischen Streitkräften ermangelt die NVA offensiver Kapazitäten. Obwohl gerade in jüngster Vergangenheit ständig modernisiert, ist sie praktisch ganz auf sowjetische Unterstützung und Nachschub angewiesen. Bei Bewegungen sowjetischer Truppen hat die DDR-Regierung kein Recht auf Mitsprache, sondern lediglich auf Beratung. Trotz des neuen sowjetisch-ostdeutschen Freundschafts- und Beistandsvertrages von 1975 bleibt die im Stationierungsvertrag von 1957 dem sowjetischen Oberkommando eingeräumte Befugnis bestehen, nach eigenem Ermessen Massnahmen zu ergreifen, wenn es die Sicherheit der in der DDR stationierten Sowjettruppen als bedroht ansieht. Diese Befugnis geht weit über das hinaus, was der Sowjetunion in den anderen Volksdemokratien zugestanden ist.

Mit dieser kurzen Umschreibung des militärischen Status der DDR ist zweierlei angedeutet: Zunächst die lückenlose Einordnung der ostdeutschen Streitkräfte in den Warschauer Pakt, der seinerseits der verlängerte Arm sowjetischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist. An irgendeine operative Selbständigkeit der NVA ist dabei nicht zu denken. Andererseits haben die ostdeutschen Militärs ein vergleichsweise grosses Gewicht auf den unteren Ebenen der militärischen Führung des Paktes gewonnen. Das zeigt etwa die Tatsache, dass dem DDR-Verteidigungsminister und Oberkommandierenden der NVA, Armeegeneral Hoffmann, bereits dreimal die Leitung von grossen Paktmanövern übertragen wurde. Zweitens zeigt die militärische Situation der DDR, dass sich am Verhältnis zwischen Besatzung und Besetztem, am Machtgefälle zwischen Vormacht und Schützling nichts Grundsätzliches geändert hat: die Sowjetunion bleibt der dominierende Faktor in dieser Gleichung. In sowjetischen Augen ist der ostdeutsche Staat

wahrscheinlich ein loyaler und guter Verbündeter. Er ist aber auch ein deutscher Staat – mit allem, was dies an belasteter Vergangenheit und einer noch nicht völlig geklärten Zukunft mit einschliesst. Über die politische Zuverlässigkeit der NVA und erst recht der Bevölkerung wird eine so misstrauische Macht wie die Sowjetunion weiterhin berechtigte Zweifel hegen. Diese werden dort am grössten sein, wo die DDR für Aktionen einzusetzen wäre, die die Bundesrepublik zum Ziele haben.

Wirtschaftlicher Aufstieg

Wenn der Stellenwert der DDR im strategischen Kräftefeld der Sowjetunion untergeordnet und begrenzt bleibt, ist er im wirtschaftlichen Bereich in bemerkenswerter Weise gewachsen Wenn die DDR Einfluss im sozialistischen Lager gewonnen hat, dann bestimmt vor allem dank ihres gewachsenen wirtschaftlichen Gewichts. Für einen politisch vielfach vorbelasteten Staat wie die DDR musste die Wirtschaft das wichtigste Instrument darstellen, mit dem staatspolitische Ziele der inneren Festigung und der äusseren Einflussnahme am ehesten erreicht werden können. Machtgewinn, Machtbehauptung und Machtsicherung der SED sind damit eng mit der wirtschaftlichen Struktur und Entwicklung der DDR verbunden.

Heute weist die DDR das höchste Nationalprodukt pro Einwohner von allen kommunistischen Ländern aus. Sie dürfte den Durchschnitt – ebenso wie beim Lebensstandard – um rund 50 Prozent übertreffen. Nach der Sowjetunion ist sie das Land mit dem grössten Aussenhandel. Als wichtigstem Lieferanten von Investitionsgütern stammen von ihr mehr als ein Fünftel aller Einfuhren an Maschinen und Anlagen innerhalb des RGW. Von allen europäischen Volksdemokratien hat sie den höchsten Anteil am Stammkapital der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Internationalen Investitionsbank (nämlich 18,3 beziehungsweise 16,5 Prozent).

Hinter all dem stehen beachtliche Leistungen. Sie sind um so bemerkenswerter, misst man sie an den mannigfachen Handicaps, die es zu bewältigen galt: die Trennung von Westdeutschland, Zerstörungen und Reparationen, die Flucht Hunderttausender qualifizierter Arbeiter; hinzu kommt, dass diese Leistungen *trotz*, und nicht etwa wegen eines von aussen aufgezwungenen zentralistisch-bürokratischen Systems erbracht wurden. Sie vermitteln der DDR ein Gewicht, das manche Mängel ihres politischen Stammbaums überdecken und die Nachteile begrenzter Grösse und Bevölkerung ausgleichen hilft. Dass Ostberlin sich nicht scheut, von diesem Gewicht gelegentlich auch Gebrauch zu machen, beweisen manche zähe Verhandlungen mit seinen osteuropäischen Partnern und etwa sein – erfolgreicher – Einspruch gegen die von Moskau und Bonn geplante Fernkraftleitung von Königsberg über Westberlin in die Bundesrepublik. Hier wird sehr bewusst wirtschaftliche Kraft in politischen Einfluss umgemünzt – jedenfalls so lange, als damit keine wesentlichen Interessen der sowjetischen Führungsmacht berührt werden.

Die Schwächen der ostdeutschen Wirtschaft liegen bei ihrer mangelnden Effizienz, sowie in einer durch die Erhöhung der Ölpreise verursachten Verschlechterung der «terms of trade». Da die DDR rund 70 Prozent ihres Brenn-

und Rohstoffbedarfs aus der Sowjetunion deckt, werden sie diese Preiserhöhungen selbst dann empfindlich treffen, wenn sie im Vergleich zu anderen Volksdemokratien bis jetzt von Moskau glimpflich behandelt wurde. Immerhin betrug für sie die 1975 beschlossene Erhöhung 50 Prozent; in diesem Jahr dürften die Preise weiter steigen.

Es bleibt abzuwarten, ob und wieweit sich dies auf den in den letzten Jahren stark erweiterten Westhandel auswirken wird. Dieser Handel wurde seit 1969 zunehmend passiv; die Bruttoverschuldung der DDR betrug 1976 ungefähr 5 Milliarden Dollar, jene auf dem Euromarkt etwa 3 Milliarden. Gemessen an ihrem Gesamtumsatz ist dies ein bescheidener Betrag: auch hierin stellt sich die DDR, neben der Sowjetunion, wesentlich besser als die übrigen kommunistischen Länder. Die im innerdeutschen Handel aufgelaufenen Schulden werden heute auf etwa 2,5 Milliarden DM geschätzt. Sie werden gemildert einmal durch die Tatsache, dass die DDR im vergangenen Jahr nach langer Zeit wieder eine ausgeglichene Bilanz erzielen konnte; zum anderen durch den von der Bundesrepublik eingeräumten zinslosen Überziehungskredit (den «Swing») in der Höhe von 800 Millionen DM, gültig bis 1981.

Wo wirtschaftlicher Wohlstand so relativ ist wie im sozialistischen Lager, liegt die DDR zweifellos an der Spitze. Das, wie ebenso ihre privilegierte Sonderbeziehung zu der sonst so verpönten Bundesrepublik, macht sie bei ihren kommunistischen Nachbarn keineswegs beliebter. Es wirft viel eher die Frage auf, ob die DDR ein echtes Interesse an der von ihr so uneingeschränkt geforderten stärkeren Integration im RGW-Bereich haben kann. Denn einmal muss eine solche Integration Gewicht und Kontrolle des mächtigsten Partners, der Sowjetunion, zu Lasten der schwächeren Glieder – einschliesslich der DDR – zusätzlich erhöhen; zum anderen sprechen Produktionsstruktur und technologische Bedürfnisse der DDR eigentlich viel eher für ihre Öffnung nach Westen.

Trotzdem hat sich die DDR deutlich zugunsten einer weiteren Integration, ja sogar späteren «Verschmelzung» mit den übrigen sozialistischen Ländern entschieden. Das hat in allererster Linie politische Motive. Der Entscheid entspringt dem nüchternen Kalkül, dass es für die DDR unter keinen realistisch denkbaren Umständen eine andere Alternative gibt und geben kann – weder eine pro-westliche, noch eine «neutrale» oder gar eine solche der Wiedervereinigung gibt und geben kann. Diese Einsicht gründet sich auf die in Europa gegebenen machtpolitischen Verhältnisse. Sie verengen den Spielraum jeder deutschen Politik auf ein Minimum. Die Einsicht stammt zudem aus der nicht weniger bedrückenden Tatsache, dass die heutige DDR eben nur als sozialistischer Staat, gestützt und geschützt von der Sowjetunion, bestehen kann.

Von hier aus leiten sich alle weiteren Folgerungen, Schritte und Massnahmen der Nachfolger Ulbrichts ab. Hinter ihrem Entscheid liegt der Verzicht auf einen ostdeutschen Modellstaat und auf einen eigenen Entwicklungsweg, kurz die Absage an all das, womit Ulbricht die wohl illusorische Hoffnung auf eine deutsche Wiedervereinigung unter sozialistischem Vorzeichen genährt haben mochte. Seine Nachfolger haben bewusst die letzten Zweifel und Schatten

der Unsicherheit über den künftigen Status ihres Landes zu beseitigen gesucht. Sie empfanden sie nicht nur im Lager ihrer Verbündeten, sondern mindestens so sehr gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung als wachsende Belastung. Sie beschränkten sich – bis auf weiteres – darauf, die DDR als ein zwar zunehmend wichtiges, jedoch zur vollständigen Einordnung bereites Mitglied der «sozialistischen Gemeinschaft» zu präsentieren. Für sie scheint es heute vordringlich, auf dem Weg über diese Integration zu einer Modernisierung und Anhebung des wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Niveaus der DDR zu gelangen. Dahinter steht die Einsicht, dass mangels anderer Alternativen die Konkurrenzfähigkeit der DDR gegenüber westlichen Ländern nur auf dem Wege über möglichst grosse Fortschritte der RGW-Staaten insgesamt erreicht und bewahrt werden kann. Diese Integration ist für die DDR damit – nicht wie für die Bundesrepublik – nur Mittel der bestmöglichen Nutzung gemeinschaftlicher Ressourcen und einer international abgestimmten Entwicklung. Sie ist nicht minder ein Instrument der ständigen Abstimmung mit ihrer Führungsmacht einerseits und ein – der einzige – Ansatzpunkt steigender Konkurrenzfähigkeit mit der Bundesrepublik. Denn Politik, wirtschaftliche Anstrengungen und Stellung der DDR im sozialistischen Lager sind letztlich immer auch eine Funktion ihrer ständigen Auseinandersetzung und Rivalität mit der um so viel stärkeren Bundesrepublik.

Aussenpolitik ohne Profil

Anders als im Fall dieser vielbeneideten, viel verketzerten Bundesrepublik wächst der DDR in ihrem eigenen Lager kein zusätzliches Gewicht durch eine eigene, in viele Bereiche hineinwirkende Aussenpolitik zu. Hier ist und bleibt sie Erfüllungshilfe und verlängerter Arm der sowjetischen Führungsmacht. Es mag Nuancen und Interessenunterschiede geben, etwa bei der Suche nach Energiequellen ausserhalb des RGW-Bereiches oder beim Verhalten gegenüber Ländern der Dritten Welt. Sie bleiben aber begrenzt und kontrolliert und berühren keine wesentlichen Interessen Moskaus. Als Wirtschaftspartner von einigem Gewicht bleibt die DDR aussen- oder weltpolitisch weitgehend profillos.

In Übereinstimmung mit der Sowjetunion sieht die DDR jedoch die Rolle der sozialistischen Gemeinschaft und ihres politischen Rückgrats, des Warschauer Pakts, zumindest auf europäischer Ebene dynamisch. Sie wird nicht müde zu betonen, dass die sichtbare Stärkung von beiden den Westen zur Koexistenz und darüber hinaus zu wichtigen politischen Konzessionen gezwungen habe. «Nicht ein gewisses Minimum an militärischem Defensivpotential unserer Koalition», schrieb Armeegeneral Hoffmann kürzlich, «auch kein sogenanntes ‹Gleichgewicht des Schreckens› haben einen Zustand in den internationalen Beziehungen herbeigeführt, den die Menschheit erleichtert als Wende vom kalten Krieg zur Entspannung empfindet. Die im zähen Kräfteringen der Nachkriegsjahre hart erkämpfte militärische Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über die imperialistischen Kräfte war es, die den Frieden sicherer, die antiimperialistischen Kräfte selbstbewusster gemacht und den weltrevolutionären Prozess vorangebracht hat.» (Heinz Hoffmann,

Streitkräfte in unserer Zeit. In: Einheit 3/1976, S. 361.)

Aus dieser Überzeugung leitet sich die Annahme ab, dass eine weitere Verbesserung des militärischen Kräfteverhältnisses zugunsten des Warschauer Paktes nicht nur wünschenswert, sondern im historischen Prozess des Fortschrittes der sozialistischen Kräfte auch unvermeidlich ist. Sie wird gleichermassen zur Geschäftsgrundlage einer weiteren Entspannung. Dahinter steht ein offenbar noch ungebrochener Glaube an die politische Wirkung militärischer Macht – ein Glaube, der Schwächen und Mängel auf so manchen anderen Gebieten überdecken oder kompensieren soll.

Sowjetunion und DDR

Warum und wieweit braucht die DDR jene ständige Versicherung ihrer selbst, wenn sie eine so problemlos vorgezeichnete Zukunft erwarten darf? Die Antwort – jedenfalls ein wichtiger Teil davon – wird einmal in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion, zum anderen in ihrem eigenen Selbstverständnis, letztlich aber in der Ungewissheit über ihre eigene Zukunft zu suchen sein.

Was den ostdeutsch-sowjetischen Beziehungen an globaler Spannweite abgeht, wird durch das tiefe Eindringen sowjetischer Vorbilder und Kontrollen in alle wichtigen Lebensbereiche der DDR kompensiert. Anders als die Westmächte in der Bundesrepublik, verfügte die Sowjetunion in der DDR von allem Anfang an über eine von niemand bestrittene und mit niemand geteilte Monopolstellung. Diese blieb deshalb so stark, weil das von Moskau eingesetzte Regime so schwach blieb. Solange dem so ist, wird sich an dem Verhältnis zwischen den beiden Staaten nichts Wesentliches ändern. Zweifellos wird dieses Verhältnis entscheidend von dem unendlich langsamen Schrittmass der innersowjetischen Entwicklung bestimmt. Für die ostdeutsche Regierung kann und darf dies aber kein Vorwand für eigene Unbeweglichkeit sein. Denn manches hängt auch davon ab, ob es ihr gelingt, eine breitere Basis und eine grössere Unterstützung in der Bevölkerung zu gewinnen. Sie befindet sich dabei allerdings in einem Teufelskreis, dem sie bis heute nicht zu entrinnen vermochte: Solange sie der weitgehenden Unterstützung durch die Bevölkerung nicht sicher sein kann, bleibt sie verletzlich und damit auf sowjetische Präsenz angewiesen. Gerade diese so lastende und sichtbare Präsenz schwächt aber ihre Stellung und Glaubwürdigkeit nach aussen ebenso wie im Innern. Wie begründet auch immer Moskaus Sicherheitsinteressen in Mitteleuropa sein mögen: diese überdimensionierte Militärmacht auf ostdeutschem Boden ist zugleich ein unübersehbarer und permanenter Misstrauensantrag gegenüber Stabilität und Glaubwürdigkeit des SED-Regimes.

Hier liegt wohl auch der entscheidende Ansatzpunkt für das Streben der DDR, jedem Verdacht einer möglichen Abweichung und Häresie durch totale Einbindung in das sozialistische Lager zuvorzukommen. Dem «sozialistischen Internationalismus» mit seinem Recht auf (sowjetische) Intervention soll gewissermassen vorgebeugt werden, indem man in jeder nur möglichen Weise – politisch, ideologisch und rechtlich – die eigene Linientreue und Loyalität demonstriert. Dazu gehört der schon erwähnte Verfassungszusatz von 1974.

Dazu gehört der neue Vertrag mit der Sowjetunion über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand von 1975. Nach ostdeutscher Version bedeutet dieser Vertrag den «bisherigen Höhepunkt der auch völkerrechtlichen Formulierung und Fundierung jener grundlegenden strategischen Orientierung des gesamten politischen Handelns der DDR seit ihrer Geburtsstunde».

Dieser Vertrag war – das verdient festgehalten zu werden – kein einseitiges Diktat Moskaus. Er entsprach in mancher Hinsicht ostdeutschem Wunsch. Von beiden Staaten hat die DDR das grössere Interesse, sich Wohlwollen und Unterstützung der anderen Seite, also der Sowjetunion, so umfassend wie möglich zu sichern. Sie hat dieses Interesse einfach schon deshalb, weil sie im Unterschied zu Moskau weder Wohlwollen verlangen noch Unterstützung erzwingen kann. Während für die Durchsetzung sowjetischer Interessen ein solcher Vertrag nützlich, aber nicht unerlässlich ist, kann er für die DDR von grosser Bedeutung sein. Sie wird sich auf ihn stützen und ihn anrufen, wo immer sie befürchten muss, bei ihrer Führungsmacht sonst nicht durchzudringen. Gerade weil sie der Unwiderruflichkeit ihres Bündnisses und der unfehlbaren Übereinstimmung mit der Sowjetunion keineswegs so traumwandlerisch sicher ist, wie sie stets behauptet, wird sie in diesem Vertrag ein Instrument sehen, die Schwankungsbreite sowjetischer Politik gegenüber dem Westen allgemein, der Bundesrepublik im besonderen, möglichst einzuengen. Sie schafft sich damit eine durchaus ernstzunehmende Einflussmöglichkeit in diesen ihre ureigensten Interessen berührende Felder sowjetischer Politik.

So liegt der Schluss nahe, dass dieser bis ins Jahr 2000 reichende Vertrag keineswegs nur Moskaus Verlangen nach noch engerer Bindung und Kontrolle der DDR widerspiegelt. Er ist auch Teil jenes vielschichtigen Instrumentariums, mit dem die DDR hofft, die Sowjetunion auf ihre Existenz und Fortentwicklung in stärkstmöglicher Weise zu verpflichten. In der Tat hat diese denn auch im «Oktober-Vertrag» gegenüber der DDR ganz konkrete Verpflichtungen, nicht zuletzt wirtschaftlicher Natur, übernommen.

Stabilität und Selbstverständnis der DDR

Wirtschaftliche Leistung, ideologische Selbstsicherheit und militärisch-politische Bedeutung einerseits, Verletzlichkeit und Abgrenzung gegenüber Einwirkungen aus dem Westen, Abhängigkeit und Kontrolle aus dem Osten andererseits, mischen sich in der DDR zu einem eigenartig komplexen Selbstverständnis.

Zunächst: Die DDR weiss, dass ihrer Existenz Symbolcharakter zukommt: einmal als Ausweis der (relativen) Funktions- und Leistungsfähigkeit des sowjetischen «Modells», zum anderen, weil sich dies ausgerechnet in einem deutschen Staat demonstriert findet. Nicht zuletzt daraus leitet die SED den Anspruch ab, das «sozialistische Deutschland» zu repräsentieren. Der Akzent liegt dabei mindestens so sehr auf dem geschichtlich und geistig so erfüllten Begriff «Deutschland» wie auf dem Attribut «sozialistisch».

Das führt zum zweiten: Die DDR ist inmitten des sozialistischen Lagers letztlich ein einsamer Staat. Ein Staat,

der sich isoliert fühlt, weil er weiss, dass er nicht geliebt ist. Diese Erkenntnis muss für das Regime beunruhigend, für die Bevölkerung schmerzlich sein. Manche mögen die DDR nicht, weil sie ein deutscher Staat ist; andere, weil sie ein fast «penetrant» kommunistischer Staat sein will; und wohl die meisten, weil sie beides zusammen ist. Vieles von dieser Unbeliebtheit mag man dem Regime anlasten. Einiges aber gehört zum deutschen Nachkriegsschicksal, das immer noch so manches verdunkelt was deutsch heisst.

Drittens: Die DDR ist ein Staat auf der Suche nach seinem politischen Schatten. Anders als ihre osteuropäischen Nachbarn ist sie keine Nation. Es ist schwierig, sich ein Land vorzustellen, dessen Ringen um nationales Selbstbewusstsein gleich von Anfang mit solchen Hypotheken belastet war. Dieses Bemühen muss als fast verzweifelter Versuch gesehen werden, sich von der Bundesrepublik als deutscher Staat eigenen Rechts zu unterscheiden. Mit dem Geburtsfehler mangelnder Legitimität behaftet, wird die Suche nach eigener Glaubwürdigkeit durch die Tatsache erschwert, dass 80 Prozent der Bevölkerung das Bild des «anderen deutschen Staates» jeden Abend am Fernsehen empfangen können.

Wie sehr das Regime dies als wunde Stelle empfindet, zeigt sein krampfhaftes Bemühen um einen eigenen sozialistischen Nationsbegriff. Diese ideologisch wenig überzeugende Hilfskonstruktion soll einem Rückgriff auf verlorene oder verschüttete deutsche Traditionen früherer Epochen zusätzliche Substanz verleihen. So scheut man bei der Suche nach nationalem Profil auch nicht vor dem Appell an Gefühle zurück, die weniger mit Kommunismus und mehr mit Nationalismus zu tun haben. Wo sich die DDR als Wahrer deutscher Traditionen präsentiert, erhofft sie nicht nur eine Stärkung ihrer eigenen Legitimität, sondern auch Sympathie und Verständnis von jenseits der Elbe. Es ist dies ein nicht ungefährliches Kalkül, weil es die Sprengwirkung eines wiedererweckten deutschen Nationalismus, gleich welcher Einfärbung, in Ost und West unterschätzt.

Viertens ist die Frage, ob die DDR ein stabiler Staat sei, eine Frage nach der politischen Umwelt, in der dieser Staat zu bestehen hat. Unabhängig von den Personen, die die DDR heute regieren, ist sie in ihrer heutigen Umwelt ein stabiler Staat – stabil deshalb, weil es ausser seiner Selbstaufgabe keine politische Alternative zu ihm gibt und eine solche ihm in absehbarer Zukunft auch von keiner Seite zugestanden wird. Niemand, auch nicht der Kreml, wird allerdings so ganz an diesen Staat und seine Dauer glauben wollen. Die Sicherheit der DDR – und das ist die Sicherheit ihres Regimes – bleibt unausgesprochen eine auf Abruf gestellte Sicherheit. Gerade weil dem so ist, gerade weil es vorläufig keine echte Alternative zur gegenwärtigen DDR gibt, muss diese akzeptiert werden.

Das bedeutet einmal, dass sie nicht unnötig zusätzlich verunsichert werden sollte. Die letzten Monate haben gezeigt, dass sie darauf nur mit neuer Verkrampfung und Verhärtung reagiert. Den Preis dafür hat nicht das Regime, sondern die Bevölkerung zu zahlen. Um toleranter werden zu können, braucht die DDR grössere Selbstsicherheit in dem schmalen, aber einzigen politischen Rahmen, der ihr hierfür zur Verfügung steht. Im Masse, in dem sich der ostdeutsche Staat festigt, gewinnt er nicht

allein eine gewisse innere und vielleicht auch äussere Bewegungsfreiheit; er gewinnt auch ein sei es auch begrenztes Gewicht gegenüber der Sowjetunion. Konsolidierung zwecks eigener Selbstbestätigung und nicht einer ebenso fernen wie riskanten Wiedervereinigung ist das realistischerweise anzustrebende Ziel. Es muss das Fernziel einer Annäherung und Zusammenführung der beiden deutschen Staaten nicht für immer ausschliessen, sondern macht dieses Ziel für die praktische Politik von heute und morgen lediglich inaktuell.

Die Stellung der DDR in ihrem eigenen Lager wie in Europa bestimmt sich letztlich danach, wie sie ihre Existenz gegenüber ihrer Umwelt, vor allem aber gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen versteht. Mit Abgrenzung allein erwirbt man sich noch kein politisches Profil. Und Selbstsicherheit «erschiesst» man sich nicht. Wer grössere Sicherheit für sich selbst beansprucht, wird sie auch anderen zugestehen müssen. Dazu gehört vor allem die vorbehaltlose Hinnahme der Existenz Westberlins.

Der Preis internationaler Anerkennung ist grössere Selbstverantwortung, ist ein Sich-öffnen nach aussen und die Bereitschaft zu Toleranz nach innen. Denn die DDR ist auch ein europäischer Staat, mit allem, was dies an geistigem und politischem Erbe in sich birgt. Untrennbarer Bestandteil dieses Erbes bleibt der Respekt vor dem Menschen und seiner freien Entfaltung. Wer der DDR somit das Recht auf Konsolidierung und grössere Selbstsicherheit einräumt, wird von ihr auch verlangen können, dieses Erbe zu respektieren und es der eigenen Bevölkerung zugute kommen zu lassen. Aus dieser Verpflichtung wird man sie, bei aller gebotenen Zurückhaltung und bei allem Verständnis für ihre mannigfachen Belastungen, nicht entlassen dürfen.

Curt Gasteyger

MILOVAN DJILAS – EIN PARTISAN IN PENSION

Vampire sind auch Menschen, freilich nicht mehr von dieser Welt. Nach dem Volksglauben einiger Balkanvölker sind es Verstorbene, die nachts ihrem Grab entsteigen, um Lebenden das Blut auszusaugen. Gegen Vampire, das Wort kommt aus dem Serbischen, im Deutschen spricht man von Blutsaugern – gegen Vampire soll Knoblauch helfen, aber auch die Ironie literarischer oder filmischer Darstellung, von Gogol bis Polanski, Dracula im Kino oder auf dem Theater.

Weniger aus ästhetischen als vielmehr aus polemischen Gründen hat sich Dušan Petrović-Sane, Präsidiumsmitglied des jugoslawischen Bundes der Kommunisten, letzthin aus diesem Arsenal des Horrors bedient. Im Parteiblatt «Borba» beklagte er sich über den Westen, wo man ausgerechnet vor der im Juni beginnenden KSZE-Folgekonferenz die Regimekritiker Mihajlo Mihajlov und Milovan Djilas «als Vampire herumgeistern» lasse. Der Schriftsteller Mihajlov, der seine vermeintlich «staatsfeindliche» Haltung, die sich vor allem in der Kritik an der Sowjetunion niederschlug, bereits mit sechs Gefängnisjahren bezahlen musste, hat mit

Hungerstreiks die westliche Öffentlichkeit immer wieder auf seinen Fall verwiesen. Der Dissident, 43 Jahre alt, hat noch fünf Jahre abzusitzen, soll aber nach jüngsten Informationen dem Kreis jener politischen Gefangenen angehören, die demnächst amnestiert werden sollen. Ein Vampir also, vorerst noch hinter Gefängnismauern.

Wie aber verhält es sich mit dem anderen Vampir, Titos einstigem Kampfgefährten und Kronprinz Milovan Djilas, der heute als sein prominentester Kritiker gilt? Jener Mann aus Montenegro, der in den aufregenden Monaten des Abfalls von Stalin, vor nunmehr fast 30 Jahren, selbstbewusst und skeptisch sagte: «Ich bin nicht so sicher, dass wir siegen werden, aber ich bin sicher, dass wir recht haben.» Ein Satz, der zur Maxime seines Lebens wurde.

Wer dem freundlichen Herrn in der Belgrader Palmotičeva begegnet, einer Strasse hinter dem Parlamentsgebäude, wo er in einem Vorkriegsmietshaus wohnt, der ist von der Vorstellung eines Vampirs so weit entfernt wie die jugoslawische Metropole von den Karpaten. Milovan Djilas, dessen Bücher «Die neue Klasse» oder «Gespräche mit Stalin» im Westen nicht nur hohe Auflagen, sondern auch grossen Einfluss hatten, spielt seine Rolle als politischer Pensionär mit Souveränität. «Ich bin ein isolierter Mann», sagt er dem Besucher, und er meint es ganz sachlich und ohne Resignation. Er habe weder Einfluss auf die Politik dieses Landes, dem er im Partisanenkrieg an höchster Stelle mit zur Befreiung verhalf, noch pflege er ausgiebige gesellschaftliche Kontakte. «Ich bin demokratischer Sozialist», fügt er später selbstbewusst hinzu, als die Rede auf den Philosophen des «kritischen Rationalismus», den Theoretiker einer dem sozialen Wandel offenen Gesellschaft kommt, auf Karl Popper, dem sich auch die bundesdeutsche Sozialdemokratie verpflichtet weiss. Djilas hat bei der Lektüre Poppers immer wieder die Übereinstimmung mit eigenen Thesen überrascht; solche Bestätigung befriedigt ihn.

Doch die Bescheidenheit dieses Mannes, der aus den Bergen Montenegros in die Weltpolitik verschlagen wurde, steht in einem merkwürdigen Gegensatz zu seiner Ausstrahlung und zu seiner noch immer fortdauernden politisch-moralischen Wächter- und Mahnerrolle. Als er kürzlich im bundesdeutschen Fernsehen zu Problemen des Eurokommunismus Stellung nahm, da waren das nicht Ansichten eines ideologischen Aussenseiters, sondern Analysen eines besonnenen Beobachters der europäischen politischen Szene. Als offizielle Belgrader Stellen Anfang Februar «keinen Anlass zu Kommentaren» sahen, da kaschierten sie so ihre Verlegenheit über ein Interview, das Djilas zur Menschenrechtsfrage gegeben hatte, und in dem er barsche Kritik an Jugoslawien übte.

Es ist nicht nur der Westen, der mit der Schlussakte von Helsinki Hoffnungen verbindet, die sich nun auf die Kontrollkonferenz in Belgrad übertragen. Auch die Opposition im Ostblock und im blockfreien Jugoslawien wittert Morgenluft. Dabei empfiehlt es sich, zwischen den einzelnen Aktivitäten sehr genau zu unterscheiden, weil sie auch Reaktionen auf verschiedene Verhältnisse sind. In Jugoslawien zumal, einem sozialistischen Land, in dem allgemeine Reisefreiheit herrscht (in den beiden letzten Jahren reisten jeweils 12 bis 14

Millionen Jugoslawen ins Ausland), kann weder von einer Bürgerrechtsbewegung, vergleichbar der Prager «Charta '77» gesprochen werden, noch etwa von Komitees, wie sie in Warschau Intellektuelle zur Unterstützung von Arbeitern gebildet haben. Die Skala reicht hier von terroristischen Emigranten-Gruppen, pro-sowjetischen Fraktionen innerhalb der Partei und albanischen oder mazedonischen Separatisten über kroatische Nationalisten bis hin zu wirklichen Dissidenten wie Mihajlov.

Innerhalb dieses Spektrums ist Milovan Djilas in der Tat ein Einzelgänger. Offensichtlich aus Ärger über die Berufung eines Jugoslawen zum Vorsitzenden der jüngsten Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in Genf und ohne Anstoss von anderen hat sich der Mann, der kein Sacharow sein will, an die Öffentlichkeit gewandt. Kein Land dürfe verschont werden, wenn es um die Menschenrechte gehe, und eben Jugoslawien missachte ständig die Menschenrechte. Etwa 600 Bürger seien aus politischen Gründen in Haft, im königlichen Vorkriegsjugoslawien seien die Gesetze eher respektiert worden als unter Tito, der seinen einstigen Mitstreiter, nachdem er 1953 mit der Partei gebrochen hatte, verfolgte und insgesamt neun Jahre im Gefängnis büssen liess. Es ist erstaunlich, dass diese schwere Zeit keine Hasskomplexe ausgelöst hat, dass Djilas noch immer um Differenzierungen bemüht ist.

So relativiert er im Gespräch auch den Vergleich mit dem Ostblock, dem er in seinem Interview mit amerikanischen Journalisten grosszügigeren Umgang mit politischen Gegnern bescheinigt hatte. Nun hält er die meisten jugoslawischen Kommunisten für Verfechter der Menschenrechte, was auch das auffallend positive Echo auf die «Charta '77» beweise, und bei aller Kritik dürfe nicht vergessen werden, «dass Jugoslawien für seine Unabhängigkeit kämpft und seine Gesellschaftsordnung besser ist als die Regimes im Ostblock». Auch sei die Grenze zwischen politischer Gegnerschaft und terroristischen Umsturzversuchen nicht immer klar zu ziehen. Von denen, die er politische Häftlinge nennt, würden auch im bürgerlichen Staat manche inhaftiert. «Ende der sechziger Jahre hatten wir keine politischen Häftlinge», fährt Djilas fort, «also hat sich inzwischen die Lage geändert. Das politische Klima hat zur Einschüchterung geführt und zum Konformismus.»

Verletzung der Menschenrechte in seinem Heimatland sieht Djilas in der beruflich-sozialen Diskriminierung von Bürgern wegen mangelnder moralisch-politischer Eignung im Sinne der Partei; in der gerichtlichen Verfolgung Oppositioneller; in der ungleichberechtigten Behandlung der Anhänger von Glaubensgemeinschaften; in der vereinzelten Verweigerung von Reisepässen aus politischen Gründen. Kommunistische und sozialdemokratische Parteien Westeuropas sollten ihre engen Kontakte zur Belgrader Führung zu «freundschaftlicher Kritik» nutzen. Milovan Djilas, der 1966 begnadigt und vorzeitig entlassen wurde, hat seit 1970 keinen Reisepass mehr und gegenwärtig nicht die Absicht, einen Antrag zu stellen. Die 60 Intellektuellen, die in einer Eingabe an das jugoslawische Verfassungsgericht gegen unbegründete Verweigerungen von Reisepässen Stellung nahmen, sind bald juristisch und politisch zurückgewiesen worden. Belgrad liess verlauten, dass «weniger als ein halbes Prozent» der Anträge auf Reisepapiere,

zumeist aus Sicherheitsgründen, nicht genehmigt würden. Das sind immer noch mehr, als sich dieses Land leisten sollte, auch wenn man ihm zugesteht, dass es nicht nur im Schnittpunkt ideologischer, sondern auch militärischer Interessen der Grossmächte liegt und dass der eigene Weg, eine Selbstverwaltungsgesellschaft aufzubauen, nicht ohne Risiko ist.

Belgrad macht es sich allerdings zu leicht, wenn es etwa Djilas Mahnungen mit ausländischen Kampagnen in Verbindung bringt oder den Aussenseiter einfach als Vampir in einem Schauermärchen auftreten lässt. Gegen Argumente helfen nur Argumente.

Heinz Klunker

MENSCHENRECHTE AN DER MOLDAU

«Das Mütterchen hat Krallen», notierte Franz Kafka über seine Heimatstadt Prag in seinem Tagebuch. Er kannte sie besser als der muntere preussische Junker Detlev von Liliencron, der in verliebter Blindheit schrieb: «Ganz Praha ist ein Goldnetz von Gedichten», und für den auch noch die beiden Fensterstürze, die 1419 und 1618 Kriege von immerhin europäischem Ausmass auslösten, lustige Hopsasas waren. «Der Dreissigjährige Krieg steht schlachtbereit», kommentiert er die Defenestrierung des Martinic und des Slavata. Die «goldene Stadt» ist für Kafka und alle, die es besser wissen als die Touristen, die unheimlichste Stadt der Welt. Die graue Stadt an der Moldau, mit den kohlenschwarzen Nebelschwaden von Kladno her, wo vom Hradschin aus die geistverwirrten Könige Böhmens Wenzel der Faule von Luxemburg und Rudolf von Habsburg dahinherrschten und viel später faschistische Verbrecher und nach ihnen kommunistische Satrapen, die Stadt des unerlösten Golem und des mehr armen als braven Soldaten Schwejk (er – selber auch so ein golden touristisches Missverständnis), die Stadt, wo man 1945 die Deutschen an den Laternen aufhängte und als Fackeln verbrannte, wo man gleich danach den Karl Hermann Frank im Käfig durch die Strassen führte und wo man ein paar Jahre später den schauerlichsten aller kommunistischen Schauprozesse durchführte, gekonnter als zuvor in Moskau oder Budapest, den Slánskýprozess, nachdem man kurz zuvor noch Jan Masaryk defenestriert hatte, Prag.

Prag, Herz Europas, geographisch gewiss, ein steinernes zumal – im doppelten Sinn. Sein berühmtes «Schwarzes Theater» steht ihm wohl zu Gesicht. Wir können gut verstehen, dass die Kontrolleure auf der Burg (ob im Auftrag Berlins oder neuerdings Moskaus – genauer seit immerhin dreissig Jahren) den Franz Kafka nicht mochten, der dieses Prag seziert hatte als das Riesengefängnis seiner Seele, verfratzt von Menschen, die sich zurückverwandelt haben in Kriechtiere, die in alle Ritzen dringen, Wanzen, mit grossen Ohren, so dass man selbst nicht an-

ders kann als eine solche Wanze zu werden, um die Konspiration vollständig zu machen aus einer merkwürdigen Art von Solidarität. Wer je mit dem universalen Prager Geheimdienst zu tun bekam – und ich warne Neugierige –, weiss, wovon hier gesprochen wird. Sie sollen es lieber in Kafkas Roman «Der Prozess» nachlesen, auch das Ende, das ihnen dann nur als Lektüre nicht erspart bleibt:

K. – wir können ihn Kafka nennen – wird von zwei halbstummen Herren in einen Steinbruch geführt, entkleidet und mit einem Fleischmesser erstochen. Der letzte Satz: «Mit brechenden Augen sah noch K., wie die Herren nahe vor seinem Gesicht, Wange an Wange aneinandergelehnt, die Entscheidung beobachteten, ‹Wie ein Hund›, sagte er, es war, als sollte die Scham ihn überleben.»

Das ist die Exekution eines Gewissenhaften und dadurch nahezu Schuldlosen durch Organe der Stadt Prag, durch Wanzen.

Der Moloch Prag hat seit dem 1. Januar dieses Jahres zwei Kinder Kafkas in der Gewalt seiner Wanzen. Jan Pátočka und Václav Havel. Pátočka ist ihnen erlegen. Václav Havel hat man zur gleichen Zeit seine Untersuchungshaft um vier Wochen verlängert, um ihn mit einem Spionageprozess auszulöschen. Als sie zum neuen Jahr ihre Unterschriften unter die sogenannte «Charta '77» gesetzt hatten, konnte jeder sie Kennende und deshalb Verehrende nur sagen: Ihr Narren, lasst das jenen Kollegen, die sich auskennen im Umgang mit der Macht, aber Ihr, reine Toren, lasst Euch nicht glauben machen an die Menschenrechte an der Moldau, die hält das System nicht aus, da lässt sich ein bisschen politisch pokern, aber wer da gläubigen Herzens aufs Ganze geht, das geschriebene Wort der Verfassung bei diesem geschriebenen Wort nehmen will, der hat, der ist verloren.

Jan Pátočka, der hünenhafte Mann mit der Seele eines Kindes, wurde von Gustav Husaks Wanzen zu Tode verhört. Er hat mit seinem Tode zugleich die Unterschrift unter die «Charta '77» unauslöschlich besiegelt. Wer die Biographie dieses grossartigen Philosophen kennt, dessen Schriften eine kleine Bibliothek ausmachen, kann seine letzten Wochen, Tage und Stunden nacherleben. Ein Schüler Edmund Husserls und Mitherausgeber seines Nachlasses, konnte er als Professor nur in den wenigen Jahren lehren, in denen Prag nicht so ganz grau war: 1937 bis 1939, bevor Grossdeutschland es besetzte, 1945 bis 1948, als die Kommunisten noch nicht an der Macht waren, 1968 bis 1969, als sich der Sozialismus an der Moldau vom unmenschlichen zum menschlichen Gesicht verwandeln wollte. In den erzwungenen Lehrpausen tat er viel. Er gab erstmals Hegels «Phänomenologie des Geistes» in tschechisch heraus, er edierte Karel Hynek Macha, den (salopp gesagt) Goethe der Tschechen, und – in einer fast schicksalhaft verstrickten Weise – Jan Amos Komensky, den wir unter dem Namen Comenius als den Begründer der modernen Pädagogik kennen. Für Comenius wie für seinen Herausgeber und Interpreten Pátočka ist dieser Glaubenssatz einer böhmisch-aufklärerisch-universalistischen Konfession bezeichnend: «Der Mensch selber schafft durch seine Anstrengung gleichsam eine neue Welt, stets neu und auf den künftigen Tag gerichtet, wobei er breitere Formen des Daseins bildet, dadurch aber das Uni-

versum zur Einheit und zu seinem Ursprung zurückruft.»

Der grosse Tscheche Comenius starb als Emigrant in Amsterdam. Auf dem Misthaufen der Geschichte? – bin ich zu fragen bereit, nachdem der Satrap Moskaus Gustav Husak die Bürgerrechtler dorthin lauthals befördert hat. Das mag sich leicht sagen von einem von wahnsinnigem Ehrgeiz, manchem Hass und bösen Geistern getriebenen Herrn auf dem Hradschin. Und doch könnte es sein, dass nicht Húsak in der Politik, wohl aber Jan Pátočka in der Philosophie einen ehrenvollen Platz einnehmen wird als eine Art Sokrates.

Wieso? Die Pop-Musik hat ihn wahrhaftig nicht interessiert. Wohl aber das Schicksal jener vom Regime verurteilten jugendlichen Pop-Musiker. Ihretwegen hat er sich politisch engagiert.

Und dann stand am Ende jener merkwürdig symbolisch wirkende Gegenbesuch aus Amsterdam: Hollands Aussenminister Max van den Stoel als ein Vertreter des dort vor dreihundert Jahren gestorbenen Jan Amos Komensky. Was ist es gewesen? Narrengespräch – Menschenrechtler untereinander. Pátočka soll geweint haben. Nervenkrise, sagen die Ärzte. Ölberg, die Christen. Pátočka war ein Christ. Insofern hat er die Ermordung durch die Wanzen des Gustav Húsak überstanden in sein besseres Leben.

Der andere hat es noch nicht, dem (laut Húsaks Aussage) der Misthaufen der Geschichte blüht: Václav Havel. Wenn wir heute im Westen sagen, dass er der einzige tschechische Dramatiker ist, der sich mit Gombrowicz, Ionesco oder Mrožek vergleichen lässt, der einzige, der den Provinzmief Böhmens seit der Hitlerbesetzung 1939 überwunden hat – dann schrecken wir schon zurück wegen der Frage, ob wir ihm in einem Land ohne wirkliche, das heisst verwirklichte Menschenrechte schaden. Ach was. Jan Palach hat sich wegen dem bisschen Sozialismus mit menschlichem Gesicht verbrannt. Jan Pátočka wurde wegen den bisschen Menschenrechten zu Tode verhört. Václav Havel, was erwarten Sie von uns, dem dekadenten Westen? Wir kommen Ihrem Böhmen auf andere «demokratische» Weise immer näher, dem goldenen Prag, in dessen grauestem Käfig Sie sitzen. In Ihren Stücken haben Sie Kafka realisiert, sozusagen auf die sozialistische Bühne gebracht. Das hätten Sie nicht tun dürfen. Vor mir hängt ein Bild von Theodor Lessing: Jan Hus vor dem Scheiterhaufen. Man setzt ihm den Ketzerhut mit den drei Teufeln auf. Und er betet (Sie wissen das aus dem Bericht des Peter von Mladoniowic): «Herr Jesus Christus, vergib allen meinen Feinden ...» Und ich würde hinzufügen: auch den Wanzen.

Der Westen hat das andere Prag immer verraten: 1938, 1945, 1948, 1968. Er hat Schauprozesse hingenommen als wären sie exekutiertes Menschenrecht. Am Ende waren sie das auch.

Vor Ihrer Exekution denken Sie doch noch darüber nach: Sokrates und Aristoteles. Pátočka und Havel. Aristoteles hätte – so sagt man – aus seinen guten Gründen den Schierlingsbecher nicht getrunken.

Es ist Nacht in Prag.

Leonhard Reinisch

«JEDER SEI DER SCHATTEN DES ANDERN»

Zu Karl Schmid und Max Frisch

Würde man einen jungen Schweizer fragen, einen Studenten oder Schriftsteller vielleicht, wer Karl Schmid gewesen sei, so ist zu vermuten, dass man zur Antwort bekäme: der «*Unbehagen im Kleinstaat*» geschrieben hat. Und zu befürchten ist, dass ihn einige nur der Spur nach kennen als jenen «verehrten Professor», den Max Frisch in seiner Rede «*Die Schweiz als Heimat?*» scheinbar souverän mit dem Sätzchen widerlegt, so bequem die These sei, Unbehagen an der heutigen Schweiz könnten nur Psychopathen haben, sie beweise noch nicht die gesellschaftliche Gesundheit der Schweiz. Zwar hat Karl Schmid eine derart absurde These weder mündlich noch schriftlich je geäussert, und Max Frisch weiss das selber ganz genau. Was ihn zu dem Ausfall bewogen haben mag – bis hin zu dem höchst fragwürdigen Begriff der «gesellschaftlichen Gesundheit» –, hat mit Karl Schmids Buch jedenfalls nichts zu tun, was Frisch ungefähr ein Jahr vor der Rede über die Heimat übrigens in einem Brief bestätigt hat. Er erklärt dort auch, warum der Komplex «Unbehagen im Kleinstaat» in seinem «*Tagebuch 1966–1971*» fehle. Der «Versuch einer Diagnose meines landsmännischen Befindens» habe ihn immer öfter beschäftigt, ohne dass er damit «auch nur schreiberisch» zu Rande gekommen wäre. Es habe mindestens fünf Versionen davon gegeben, alles in allem viele Monate der Arbeit zwischen 1966 und 1971. Im «Tagebuch» ist keine davon zu finden. Aber der Brief vom 27. Januar 1973 gibt konkrete Gründe dafür an, warum der offenbar nicht abgeschlossene Prozess der Selbstprüfung abgelöst wird durch Ausfälle wie den gegen den «verehrten Professor Schmid». Erfahrungen mit Schweizern höherer Gesellschaftsschichten, Äusserungen, die Frisch zu Ohren kommen, ein Klima ganz allgemein, das er nach seiner Rückkehr aus Rom in die Schweiz festzustellen glaubt, irritieren ihn mehr und mehr. Und obwohl er weiss, dass Karl Schmid nicht nur nicht der Wortführer von Leuten ist, die in den kritischen Intellektuellen lauter Psychopathen sehen, sondern dass er das Pharisäertum dieser Pfahlbürger seinerseits bekämpft, glaubt Frisch in der Haltung der Selbstgerechten die Wirkungen von Karl Schmids Buch zu erkennen: «Ihr Buch sagt nicht, weiss Gott nicht, dass der Verfasser von Stiller oder Andorra ein Landesverräter sei; Sie würden das auch nicht sagen, wenn ich die Armee, als Instrument dieser Gesellschaft, in Frage stelle. Etwas hat den Lesern offensichtlich eingeleuchtet: ein kranker Kopf. Das bin ich, das weiss ich. Das Objekt meiner gelegentlichen Kritik, die Schweiz, ist hingegen gesund; alles andere wäre Projektion eines persönlichen Krankseins. So liest sich das schon auch. Ob der kranke Kopf vielleicht krank ist, weil die Umwelt gerade so und so ist, das wäre zu untersuchen; Diagnose in umgekehrter Richtung, dies mindestens zur Ergänzung.»

Die Stelle liest sich wie der vorweg-

genommene Kommentar zu dem polemischen Sätzchen in der Rede über Heimat, das Karl Schmid tief verletzt hat. Dass es übrigens Leute gibt, die jene von Frisch attackierten Ansichten vertreten, kann nicht abgestritten werden. Fragwürdig ist aber, in ihnen so etwas wie die Repräsentanten der Nation zu erblicken und aus ihrem Verhalten auf den Zustand der Gesellschaft zu schliessen. Noch fragwürdiger ist, Karl Schmid mit ihnen in dieser Weise in Beziehung zu bringen. Es ist nicht nur falsch, es ist allzu bequem. Denn gerade wer die satte Unbeweglichkeit der «Gesunden» bekämpft, dürfte nicht eben den Mann ins Lager der im Gesinnungskanon Festgefahrenen verweisen, der wie vielleicht kein anderer in der Nachkriegszeit im Spannungsfeld zwischen Geist und Politik ausgeharrt und über die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und dem Künstler, zwischen dem Staat und den Intellektuellen öffentlich nachgedacht hat.

Die gesammelten Schriften von Karl Schmid sind jetzt, aus dem Nachlass ergänzt, in einer Ausgabe des Artemis-Verlages neu zugänglich gemacht. Gerade den jungen und jüngsten unter den kritischen Geistern des Landes möchte man raten, die sechs Bände aufmerksam zu lesen. Das abgewogene, gerechte Urteil, das in ihnen waltet, dürfte nicht ohne Wirkung bleiben, auch und gerade da, wo sich Karl Schmid mit den kritischen Intellektuellen befasst. Zum Beispiel gibt es da eine Apologie der engagierten Literatur, die fast stärker überzeugt als manches, was ihre Vertreter selbst darüber sagen. Nur hat Karl Schmid natürlich auch ihre Fehlhaltungen aufgezeigt und seine Vorbehalte angebracht gegenüber Texten und Autoren sowohl wie gegenüber der professionellen Lust an der Formulierung, die manchmal politisch Ungereimtes hervorbringt. Fragt man aber, wovon er ausgehe und worauf er abziele, so ist es das Ideal und die Wirklichkeit des demokratischen Kleinstaates Schweiz, für den sich in allen seinen Schriften viele Argumente zu einem eindrücklichen Plädoyer fügen. Aber es ist ein kritisches Plädoyer: Weit entfernt von unbedachten Selbstbestätigungen, wägt er ab und stellt in Frage, nennt Schwächen und Gebrechen beim Namen und kennt aus eigener Erfahrung die Schwierigkeiten, die gerade der Künstler und der Intellektuelle in diesem bürgerlichen Kleinstaat zu überwinden hat. Zwischen den bürgerlich Verhockten und der Monotonie der Progressiven ist die Spannung von Politik und Geist, die Karl Schmid in einem Radiovortrag von 1953 bedenkt, vollkommen unfruchtbar geworden. Damals schloss er mit dem Satz: «Güte und Würde eines Staates scheinen so aufs stärkste davon abzuhangen, in wie vielen seiner Bürger die Grenze zwischen Geist und Politik eben keine Trennungslinie ist ...» Kurz vor seinem Tod aber hat er – unter dem Eindruck von Erfahrungen bei der Planung der Gesamtverteidigung sowohl wie bei der Wissenschaftspolitik – in einer privaten Äusserung festgestellt, man könne es drehen und wenden wie man wolle, unser öffentliches Leben komme ohne Ideen aus. Letztlich siege immer der Pragmatismus der Politiker, und der sei nicht selten ein Euphemismus für Trägheit und Feigheit. Auf der andern Seite hätten wir jene Intellektuellen, die an der Schweiz leiden wie der Vogel in den Hanfsamen.

Die Enttäuschung, die aus diesen Worten spricht, ist aber nicht typisch, wohl aber ein Zeichen der Müdigkeit,

des Zweifels nach einem Leben des Dienstes am «Zusammenhang». Karl Schmid sagt einmal, nicht die Künstler oder die Wissenschaftler seien es, die im Sinne der Ordnung und des Zusammenhangs «kultursichernd» wirken, es seien die Politiker und die Lehrer. Da genau hat er seine Aufgabe gesehen, in voller Einsicht in die Schwierigkeiten, die sich ihr entgegenstellten, aber auch sicher in der Überzeugung, dass sein frei gewählter Dienst notwendig sei.

Von da kommen wir wieder zurück zu dem, was zwischen Karl Schmid und Max Frisch an Gespräch und Konflikt durch die Briefe belegt ist, die durch die Neuausgabe der Schriften Schmids aus dem Nachlass zugänglich gemacht worden sind. Die Anmerkungen des betreffenden Bandes enthalten ganz am Schluss eine Notiz, die vom 9. Februar 1974 datiert ist, also einen Monat nach der Rede Frischs im Schauspielhaus. Sie lautet: «Frisch und ego: Jeder sei der Schatten des andern.» Vielleicht hat das einer, der den Konflikt kannte, so formuliert und Schmid hat es notiert. Es scheint mir nicht ganz unzutreffend, wenn auch anderseits fast so schlagzeilenverdächtig wie der Titel «Unbehagen im Kleinstaat». Denn wenn Frisch gesteht, dass er mit dem Problem «auch nur schreiberisch» nicht zu Rande gekommen sei, so zeigt das wohl deutlich genug, wie genau er sich in manchem erkennen musste, was Schmid über ihn gesagt hat. Und andererseits gibt es in Schmids Auseinandersetzung mit schweizerischer Wirklichkeit immer wieder auch Feststellungen, die den Anwalt des Kleinstaates als Kritiker ausweisen, als einen Zeitgenossen, dem man nicht nachsagen könnte, dass er nicht sehr wohl die kritische «landsmännische Befindlichkeit» seines Gesprächspartners verstehe – weil er sie nämlich zuweilen teilt.

Als 1963 die Schrift vom «Unbehagen im Kleinstaat» zum erstenmal erschien, ergaben sich sofort erste Missverständnisse. Einige sahen in Karl Schmid vor allem den entschiedenen Anwalt des Kleinstaates, ohne seine kritische Distanz zu bemerken. Andere machten aus dem Verfasser einen Ankläger, der verfolgte, wer sich unbehaglich fühlte. Ein Rezensent warf ihm gar indirekt vor, er anerkenne kein «Recht auf Unbehagen», wo er sich selber behaglich fühle, womit Schmid schon ganz eindeutig ins Lager der Selbstgerechten verwiesen war. Mit einem Wort, die demagogische Tendenz, aus dem Diagnostiker einen Wortführer der Spiesser zu machen, zeichnete sich schon ganz zu Beginn der Auseinandersetzung um sein Buch ab. Max Frisch hat damals noch nicht so undifferenziert geurteilt. Aber er macht auch schon geltend, was ihn zu seiner kritischen und ablehnenden Haltung gebracht habe: persönliche Erfahrungen. Im übrigen muss allein der Umstand, dass es das von Schmid untersuchte Unbehagen gibt, kontroverse Reaktionen sozusagen automatisch ausgelöst haben, sobald das Faktum wissenschaftlich festgestellt war. Nicht nur, dass die «Behaglichen» jetzt meinen mochten, hier sei ihnen bestätigt, wer nicht das Lob des Herkommens und des Soseins singe, sei rechtmässig der patriotischen Häresie zu verdächtigen. Die Schwierigen ihrerseits und ihre unbedeutenderen Sympathisanten mochten der kritischen Untersuchung Schmids mit Misstrauen und Vorurteilen begegnen. Dass er kein «bonziger Vertreter des ‹Behagens›» sei – die Formulierung findet sich in einem der Briefe

an Max Frisch –, wollten sie nicht so recht glauben, und je mehr sich die politische Szenerie in den sechziger Jahren dem «Zusammenhang» und der «Komplementarität» entzog und der «Polarisation» verschrieb, desto schwieriger wurde das, was Karl Schmid sich vorgenommen hatte. Sein «Lehrauftrag», dem er sich nicht nur im Beruf als Professor, sondern auch in der Öffentlichkeit und als Staatsbürger verpflichtet fühlte, bestand ja in Bewusstheit und Gewissen für das Ganze. Aber gab es das überhaupt noch? Man kann in ihm gewiss einen Vertreter des Establishments sehen; schliesslich war er Oberst und arbeitete an strategischen Konzepten für die Gesamtverteidigung mit, er war Professor und Rektor der ETH, er war Präsident des Wissenschaftsrates. Aber es gibt von ihm Äusserungen, die in den damit bezeichneten Kreisen befremdlich genug klingen müssen. Zum Beispiel notierte er, wenn der Schweizer erfahren wolle, was das Leben zu bieten imstande wäre, müsse er nachgerade das Strafgesetzbuch aufschlagen. Mit Blick auf die Notengläubigkeit unserer Lehrer, Eltern und Schüler sagte er, der Schweizer neige dazu, «aus jeder Note eine Tugend zu machen». Seine Definition des Begriffs «bürgerlich» lautet: «Nur noch leben, aber nichts mehr erleben.» Und als «Todesgefahren» notierte er sich: «sicher sein, fertig sein, wissen». Dergleichen «Denk-Zettel» weisen Karl Schmid als einen Gesprächspartner aus, dem man eines nicht nachsagen konnte: er habe kein Verständnis für Gegenpositionen.

Dennoch ist das Gespräch zwischen Karl Schmid und Max Frisch über «Unbehagen im Kleinstaat», ein Gespräch über die Schweiz, aus ersten, konstruktiven Anfängen immer mehr ins Stokken geraten. Insgesamt haben die beiden zwölf Briefe gewechselt, nicht eben viel in fünfundzwanzig Jahren. Ihr Wortlaut und ein paar weitere Dokumente belegen den fatalen Verlauf und das Scheitern des Versuchs, die Positionen («der Schatten des andern») wenigstens zu klären. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. Ob jedoch der in diesem herausragenden Fall nicht mehr erreichte Konsens, dieses Misslingen einer Verständigung symptomatisch sei, darf bezweifelt werden.

Anton Krättli

[1] Karl Schmid, Gesammelte Schriften, sechs Bände, Artemis-Verlag, Zürich und München 1977.